

# Presseerklärung

## INTERNATIONALE KOMMISSION ZUM SCHUTZ DER GEFANGENEN UND GEGEN ISOLATIONSHAFT

Die internationale Kommission traf sich am 8.9.79 in Paris.

Anwesend waren:

Lord Tony Gifford, Anwalt (Großbritannien), Dr. Stefano Mistura, Psychiater (Italien), Jean Pierre Faye, Schriftsteller (Frankreich), Dr. Gérard Soulier, Prof. der Rechte (Frankreich), Dr. Georges Casalis, Prof. der Theologie (Frankreich), Claude Bourdet, Journalist (Frankreich), Christa Cullen und Wienke Zitzlaff als Vertreterinnen der Angehörigen der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. von Alderen, Prof. der Medizin (Niederlande) und Dr. Sergio Piro, Psychiater (Italien) waren verhindert. Sie wurden von der Arbeit der Kommission auf dem Laufenden gehalten.

Die Kommission hat die Antworten zur Kenntnis genommen, die sie von den deutschen Behörden erhalten hat. Der Bundesinnenminister hat erklärt, daß das Problem der Haftbedingungen der Gefangenen ausschließlich in das Ressort der Justiz fällt. Wir wissen indessen, daß das Isolationshaftstatut und die Isolation in Hochsicherheitstrakten vom BKA (Bundeskriminalamt) angeordnet werden, das dem Bundesinnenministerium unterstellt ist.

Der Bundesjustizminister antwortete: "Eine grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Bestrafung läßt unser Recht nicht zu. Diese Grundsätze werden nach allen mir vorliegenden Erkenntnissen auch beachtet." Im übrigen verweist er auf die Zuständigkeit der Länderjustizminister.

Der Ministerpräsident und der Innenminister von Baden-Württemberg hatten uns an das Justizministerium verwiesen. Vom Justizministerium Baden-Württemberg ist bis jetzt keine Antwort eingegangen.

Der Justizminister von Schleswig-Holstein hat uns erklärt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine politischen Gefangenen gibt.

Nur vom Justizsenator Berlin kam als Antwort ein Angebot für ein Gespräch mit einem seiner Beamten, der eine Delegation der Kommission empfangen würde, da er selbst keine Zeit habe.

Wir haben beschlossen, die Diskussion auf dieser Ebene einem Berliner Rechtsanwalt zu übertragen.

Auf die übrigen 18 Briefe an die Ministerpräsidenten, Justizminister und Innenminister der Bundesländer ist keine Antwort eingegangen.

Angesichts dieser sehr negativen Haltung - mit der sehr

relativen Ausnahme des Justizsenators von Berlin - hält es die Kommission nunmehr für erforderlich, die Öffentlichkeit direkt über die Situation in den Gefängnissen zu unterrichten und zu diesem Zweck ihre Mitglieder und Unterstützer zu bitten, eine bestimmte Anzahl von Gefangenen zu besuchen, um einen präzisen und konkreten Einblick in ihre Lebensbedingungen, besonders über die Auswirkungen der Isolationshaft zu erhalten.

Die Kommission erinnert daran, daß die Bemühungen um Gespräche stattgefunden haben, um eine Wiederaufnahme des Hungerstreiks in den Gefängnissen zu vermeiden. Sie bedauert, daß ihre Bemühungen bei den Behörden der Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtigt zu werden scheinen.

Angesichts des Mißerfolgs ihrer Bemühungen gibt sie der Befürchtung Ausdruck, daß die Gefangenen aufs neue den Hungerstreik als ihr letztes Kampfmittel für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einsetzen werden.

Entgegen den weiter verbreiteten Gerüchten wissen wir, daß diese Hungerstreiks in gar keinem Fall eine Form von kollektiven Selbstmord darstellen. Die Gefangenen wollen leben, aber ihre derzeitigen Lebensbedingungen sind in vielen Fällen so unerträglich, daß sie keine andere Möglichkeit mehr haben.

Die Kommission ist äußerst beunruhigt über die Ankündigung Siegfried Haag - ob freiwillig oder unter Zwang - einer psychiatrischen Untersuchung zu unterziehen, deren Ergebnis seine Sicherheitsverwahrung im Anschluß an die Verbüßung seiner Strafe legitimieren kann.

Ein solches Vorgehen würde

einen äußerst zweifelhaften Präzedenzfall schaffen, der es erlauben würde, letztlich mit jedem beliebigen Gefangenen kurz vor seiner Freilassung so zu verfahren.

Die Kommission denkt, daß die Freilassung von schwerkranken Gefangenen aus rein humanitärer Sicht zwingend ist, insbesondere die Freilassung von Günther Sonnenberg und Irmgard Möller. Die derzeitige Praxis, Schwerkranke erst dann freizulassen, wenn ihr Tod nahe bevorsteht, ist weder logisch noch human.

Die Kommission hat viele Ermutigungen erhalten. Sie organisiert ihre Erweiterung ebenso wie die ihrer Unterstützerkomitees. Sie hofft auf die Unterstützung aller, für die die "modernen" Formen des Strafvollzugs und insbesondere die Isolationshaft eine unerträgliche Bedrohung für jede demokratische Gesellschaft darstellen.

Die Kommission wird mit allen internationalen Organisationen Verbindung aufnehmen, die sich mit den gleichen Problemen befassen, insbesondere mit Amnesty International, mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, den entsprechenden Kommissionen der katholischen Kirche und des Weltkirchenrates ebenso wie mit den zuständigen Organen der Vereinten Nationen.

Demnächst werden Pressekonferenzen in verschiedenen europäischen Städten abgehalten werden.

Internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft per Adr. Wienke Zitzlaff, Grabenstr.14, 6301 Staufenberg.

Wir bitten die Gefangenen, die diesen Bericht erhalten haben, uns eine Mitteilung zu machen.